

3.7. Thailand: Vom progressiven Aufbruch zur konservativen Wende 2023–2026

David M. Malitz

German Institute for Japanese Studies (DIJ), Tokyo

3.7.1. Einleitung

Thailand ist im deutschsprachigen Raum vor allem als Reiseland mit tropischen Stränden und buddhistischen Tempeln bekannt. Das südostasiatische Königreich ist aber auch ein wichtiger Standort für zahlreiche europäische Unternehmen in der Region, von denen viele dort produzieren lassen. Seit den frühen 2000er Jahren ist Thailand international auch für eine politische Krise, eine starke Polarisierung der Gesellschaft und zwei Militärputsche bekannt. Für die Wirtschaft des Landes bedeutete dies vor allem, dass dringend notwendige Reformen nicht umgesetzt wurden, während andere Staaten in Südostasien sich zu attraktiven Standorten für Direktinvestitionen entwickelten. Bei den Wahlen von 2023 wurde so die reformorientierte Move Forward-Partei zur stärksten Kraft im Repräsentantenhaus, wurde dann jedoch von konservativen Kräften im Senat an der Regierungsbildung gehindert. Bei den vorgezogenen Wahlen am 8. Februar 2026 setzte sich vor dem Hintergrund einer starken nationalistischen Stimmung infolge des Grenzkonflikts mit Kambodscha dann jedoch die konservative Bhumjaithai („Thai-Stolz“)-Partei deutlich an die Spitze. Damit wurde zum ersten Mal seit der Jahrtausendwende wieder eine konservative Partei zur Gewinnerin an der Wahlurne. Dieses Kapitel gibt einen Überblick über die politischen Entwicklungen in Thailand während der vergangenen Legislaturperiode, die wirtschaftliche Krise, mit der sich das Königreich konfrontiert sieht, sowie Entwicklungen in den Beziehungen insbesondere mit Deutschland.¹

3.7.2. Die politischen Entwicklungen in der vergangenen Legislaturperiode

Im März 2019 fanden zum ersten Mal seit 2011 Wahlen zum thailändischen Repräsentantenhaus statt. Bei diesen wurde der ehemalige Armeechef Ge-

neral Prayut Chan-o-cha, der sich 2014 an die Macht geputscht und bis 2019 als Juntachef regiert hatte, als Premierminister bestätigt. Dabei kamen ihm der noch von der Militärjunta ernannte Senat sowie umstrittene Entscheidungen der Wahlkommission zugute. Die nächsten Wahlen von 2023 wurden so auch zu einem Referendum über die neunjährige Regierungszeit des Generals. Aus diesen ging die reformorientierte Move Forward-Partei als klare Siegerin hervor. Die sich als sozialdemokratisch verstehende Partei, die aus der 2020 vom Verfassungsgerichtshof aufgelösten Future Forward-Partei hervorgegangen war, positionierte sich eindeutig gegen die ehemaligen Putschisten und das Militär. Zudem machte sie die Reform des Strafrechtsparagrafen 112 zur Majestätsbeleidigung zu einer zentralen Forderung ihres Wahlprogramms. Unter ihrem charismatischen Spitzenkandidaten, dem jungen Unternehmer Pita Limjaroenrat, versprach Move Forward aber auch eine Reihe von anderen Reformen, die eine umfassende Demokratisierung von Politik, öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft zum Ziel hatten. Mit diesem Wahlprogramm gewann die Partei ca. 30 % der Sitze im Unterhaus und wurde somit stärkste Kraft. Die lange stärkste Partei, die mit dem ehemaligen Premierminister Thaksin Shinawatra und der Protestbewegung der Rothemden affilierte Phuea Thai („Für Thais“)-Partei, kam mit ca. 28 % der Mandate nur auf den zweiten Platz. Phuea Thai hatte Umfragen zufolge in den Wochen vor der Wahl deutlich an Unterstützung eingebüßt, da Thaksin und die Parteiführung sich nicht eindeutig genug gegen die ehemaligen Putschisten positionierten, sondern auf wirtschaftliche Themen setzten. Eine Koalitionsregierung der beiden Parteien, einschließlich einiger weiterer kleinerer Parteien, wurde dann jedoch vom Senat vereitelt. Laut der Verfassung von 2017 waren dessen 200, noch von der Junta ernannten Mitglieder, noch bis 2024 bei der Wahl des Ministerpräsidenten stimmberechtigt.

Für eine deutliche Mehrheit der Senatoren deutete der Versuch einer Reform des Strafrechtsparagrafen 112 darauf hin, dass Move Forward insgeheim die Monarchie stürzen wolle. Sie verwehrten Pita Limjaroenrat ihre Stimmen, obwohl die besagte Reform in den Koalitionsverhandlungen mit Phuea Thai bereits ausdrücklich ausgeklammert worden war. Das die Privilegien des Militärs, der Bürokratie und Großkonzerne angreifende, umfassende Reformprogramm der Partei mag dabei für viele der eigentliche Grund für die Ablehnung gewesen sein. Als weitere Kritik wurde vorgebracht, dass Pita Limjaroenrat aufgrund des angeblichen Besitzes von Aktien eines Medienunternehmens disqualifiziert werden könnte. Dabei

handelte es sich um Aktien des Fernsehsenders iTV, der zwar seit 2007 nicht mehr sendete, aber formal als Medienunternehmen weiter bestand.

Nach der gescheiterten Wahl brach Phuea Thai mit Move Forward und stellte eine alternative Koalition unter Führung ihres Spitzenkandidaten, des Immobilienunternehmers Srettha Thavisin, auf. Hauptpartner in der Koalition war die Bhumjaithai-Partei des ehemaligen Bauunternehmers Anutin Charnvirakul. Bhumjaithai hat Treue zur Monarchie, Patriotismus und Unterstützung des Militärs zu zentralen Elementen der Parteiidentität gemacht und war zuvor Koalitionspartner von General Prayut Chan-o-cha nach dessen Wahl 2019 gewesen. Die Koalition schloss aber auch zwei mit dem Militär verbundene Parteien ein, deren Spitzenkandidaten die Putschführer von 2014 waren. Die Phuea Thai-Partei war demnach bereit, zur Bildung einer Regierung mit jenen Männern zusammenzuarbeiten, die im Mai 2014 die eigene Regierung von Premierministerin Yingluck Shinawatra, der jüngeren Schwester Thaksin Shinawatras, gestürzt, sie ins Exil nach Dubai gezwungen und zahlreiche Anhänger der Partei zu sogenannten „Einstellungsänderungen“ inhaftiert hatten. Begründet wurde diese für viele langjährige Unterstützer der Partei überraschende und enttäuschende Entscheidung mit der Notwendigkeit, politische Stabilität zu schaffen, um die wirtschaftliche Krise, die durch die Pandemie noch verstärkt worden war, zu überwinden. Die Entscheidung führte Umfragen zufolge trotzdem zu einem deutlichen Verlust an Zustimmung.²

Gerüchte über einen geheimen „großen Deal“ zwischen Phuea Thai und konservativen Kräften schienen sich noch vor der Wahl Sretthas zum Premierminister am 22. August 2023 zu bestätigen. Nach fünfzehn Jahren kehrte der 2006 durch einen Militärputsch gestürzte ehemalige Premierminister und Patron der Phuea Thai-Partei, Thaksin Shinawatra, aus dem Exil in Dubai in sein Heimatland zurück. Dort nahm er eine in absentia erfolgte Verurteilung zu acht Jahren Haft für Amtsmissbrauch an und trat noch am gleichen Tag seine Haft an. Bereits nach wenigen Stunden erfolgte dann eine angeblich notwendige Verlegung in eine Suite des Polizeikrankenhauses. Am 1. September 2023 erhielt Thaksin eine Strafminderung, die seine Haftstrafe auf zwei Jahre reduzierte. Bis zu seiner frühzeitigen Entlassung auf Bewährung aufgrund seines Alters und angeblicher schwacher Gesundheit am 18. Februar 2024 würde Thaksin dabei seine gesamte Haftstrafe im Krankenhaus verbringen können. Die Bewährungszeit wurde noch einmal durch eine Amnestie anlässlich des königlichen Geburtstags im Juli 2024 um zwei Wochen verkürzt und endete am 18. August 2024. Der seit den frühen 2000er Jahren schwelende Konflikt zwischen Thaksin und den mit

ihm verbundenen politischen Kräfte einerseits und seinen konservativen Gegnern andererseits schien somit ein überraschend gütiges Ende gefunden zu haben.

Für die konservativen Kräfte wird für dieses Umdenken vor allem das deutliche Erstarken progressiver Kräfte, die von der Move Forward-Partei gebündelt worden waren, maßgeblich gewesen sein. Der Vorsitzende und Spitzenkandidat von Move Forward, Pita Limjaroenrat, wurde in der Zwischenzeit Ende Juli 2024 aufgrund der iTV-Aktien in seinem Besitz suspendiert. Der Verfassungsgerichtshof würde zwar am 24. Januar 2024 zu seinen Gunsten entscheiden, aber nur eine Woche später entschied das Gericht dann auch, dass die von Move Forward angestrebte Reform von Strafrechtsartikel 112 als Versuch anzusehen sei, die Monarchie zu stürzen und daher verfassungswidrig sei. Im August des Jahres wurde die Partei auf Antrag der Wahlkommission vom Verfassungsgericht aufgelöst und der Parteispitze wurde für zehn Jahre eine politische Betätigung verboten. Die verbleibenden Abgeordneten von Move Forward fanden in der für diesen Fall vorbereiteten Volkspartei (Phak Prachachon) eine neue Heimat. Deren englischer und deutscher Name entspricht zwar der Übersetzung des Namens der Gruppe, die 1932 die absolute Monarchie durch einen Putsch stürzte (Khana Ratsadon), die Namen unterscheiden sich jedoch auf Thai. Zum ersten Vorsitzenden der Volkspartei wurde der Tech-Entrepreneur Natthaphong Ruengpanyawut gewählt. Das Aus für den populären Pita schlug sich jedoch in einem deutlichen Minus bei den Umfragewerten nieder.

Im Juni 2024 fanden die ersten Wahlen zum Senat nach der Verfassung von 2017 statt, durch die die noch von der Junta ernannten Senatoren ersetzt wurden. Diese sind zwar laut Verfassung bei der Wahl des Ministerpräsidenten nicht mehr stimmberechtigt, der Senat ist aber weiterhin bei der Verabschiedung von Gesetzen, Verfassungsreformen und der Ernennung von Richtern und Mitgliedern unabhängiger Organisationen, wie der Wahlkommission, von großer Bedeutung. Die Wahl erfolgte über ein eigens konzipiertes, kompliziertes Verfahren. Dabei treten Kandidaten aus zwanzig festgelegten Berufsgruppen und 928 Wahlkreisen an. In sechs Wahlschritten wählten die nach einem Screening zugelassenen Kandidaten dann jeweils untereinander aus, wer auf die jeweils nächste Ebene vorrückte: vom Wahlbezirk bis hin zur nationalen Ebene.³ Dieses Auswahlverfahren sollte das Oberhaus von den politischen Parteien im Repräsentantenhaus unabhängig machen. Es lässt aber eine offensichtliche Möglichkeit der Einflussicherung offen. Durch die landesweite Mobilisation einer großen

Zahl von Kandidaten auf Ebene der Wahlkreise kann ein Einfluss in der letzten, entscheidenden Runde gesichert werden, da ja nur die Kandidaten selbst stimmberechtigt sind. Von Beobachtern wurde das Ergebnis der Wahl als klarer Sieg für die Bhumjaithai-Partei ausgelegt. Ungefähr 150 der 200 Mitglieder des Oberhauses sollen der Partei nahestehen, auch wenn sie dieser formal nicht angehören.⁴

Als eine Überraschung für viele politische Beobachter, aber auch für die Parteispitze von Phuea Thai, kam die Entscheidung des Verfassungsgerichts am 21. August 2024, Premierminister Srettha seines Amtes zu entheben. Seine Ernennung des Anwalts Pichit Chuenban zu einer offiziellen Beraterposition vier Monate zuvor wurde vom höchsten Gericht als Verletzung der vage formulierten Ethikanforderungen für Politiker ausgelegt. Pichit war im Jahre 2008 aufgrund der Missachtung des Obersten Gerichtshofs im Rahmen eines Korruptionsprozesses zu sechs Monaten Haft verurteilt worden. Thaksins Tochter Paetongtarn Shinawatra wurde von der Koalition ins Amt gewählt, was für Phuea Thai ein deutliches Plus bei den Umfragen zur Folge hatte.

Im Februar 2025 fanden gleichzeitig Wahlen für die Mitglieder von 47 Provinzverwaltungsorganisationen (Provincial Administrative Organizations, PAO) statt. Deren Mitglieder beraten und unterstützen die vom Innenministerium ernannten Gouverneure der 76 Provinzen Thailands. Trotz des Eintretens für mehr Dezentralisierung konnte die Volkspartei nur eine Wahl für einen Vorsitzenden einer PAO gewinnen. Phuea Thai gewann hingegen 18 der 47 Wahlen, Bhumjaithai 12 Wahlen.⁵ Als Gewinner können aber auch einflussreiche Politiker- und Unternehmerdynastien auf Provinzebene verstanden werden, die in Thailand als „große Häuser“ oder „große Familien“ (thailändisch: *baan yai*) bekannt sind. Mit 34 der Gewinner stammen fast drei Viertel der gewählten Vorsitzenden aus solchen Familien, von denen einige mit nationalen Parteien verbunden sind.⁶ Ihr nachhaltiger Einfluss wird oft negativ durch das Kaufen von Stimmen erklärt. Er kann aber ebenso dadurch erklärt werden, dass die lokal tief verankerten Politiker oft als kompetenter und gewillter gesehen werden, lokale Probleme zu lösen.⁷

Von Anfang an hatte es zwischen den beiden Koalitionspartnern Phuea Thai und Bhumjaithai beträchtliche Meinungsverschiedenheiten gegeben. So war die Legalisierung von Cannabis ein Leuchtturmprojekt von Bhumjaithai gewesen, das während der Legislaturperiode 2019–2023 auch tatsächlich umgesetzt wurde. Phuea Thai kündigte im Wahlkampf hingegen dann an, bei einem Sieg Cannabis wieder verbieten zu lassen. Dafür

wollte die Partei aber Kasinos legalisieren lassen, was wiederum vom Koalitionspartner deutlich abgelehnt wurde. Schließlich blieb der Cannabiskonsum weitgehend legal, und Phuea Thai ließ ab Ende 2024 einen Gesetzesentwurf zur Legalisierung von Kasinos erarbeiten. Im März 2025, also zur Halbzeit der Legislaturperiode, kam es dann zum Konflikt zwischen den Koalitionspartnern. Der vom stellvertretenden Premierminister Phumtham Wechayachai der Phuea Thai-Partei geleitete Ausschuss für besondere Ermittlungsfälle gab dem Department of Special Investigations (DSI) grünes Licht für eine Untersuchung von Unregelmäßigkeiten bei den Senatswahlen. Auch die Wahlkommission gründete daraufhin eine Untersuchungskommission. Mitglieder des Senats protestierten erwartungsgemäß stark und öffentlich. Vor dem Hintergrund dieser Untersuchungen von Unregelmäßigkeiten bei den Senatswahlen schien Bhumjaithai politisch angeschlagen. Trotz mangelnder offizieller Ämter konnte Thaksin die von seiner Tochter geführte Phuea Thai-Partei dazu bewegen, im Rahmen einer geplanten Neuordnung des Kabinetts das für die Einflussnahme auf Provinz- und Kommunalebene wichtige Innenministerium von der Bhumjaithai-Partei zurückzufordern.

Während die Verhandlungen über die Neuverteilung der Kabinettsposten noch andauerten, kam es am 28. Mai in einem umstrittenen Grenzgebiet zu einem Feuergefecht zwischen kambodschanischen und thailändischen Soldaten, bei dem ein kambodschanischer Soldat ums Leben kam. Am 15. Juni sprach die thailändische Premierministerin direkt mit dem langjährigen Machthaber des Nachbarlandes und amtierenden Senatspräsidenten Hun Sen, um die Lage zu deeskalieren. Dessen Sohn Hun Manet war zwar im Vorjahr zum Premierminister gewählt worden, aber es wird weithin angenommen, dass weiterhin Hun Sen der eigentliche Machthaber des Landes ist. Das Telefonat, das dazu dienen sollte, Spannungen abzubauen, wurde von kambodschanischer Seite mitgeschnitten und veröffentlicht. Premierministerin Paetongtarns unterwürfige Haltung, die Anrede Hun Sens als „Onkel“, ihre Bitte um Nachsicht, das Versprechen, alle etwaigen Wünsche zu erfüllen sowie vor allem ihre Bezeichnung der thailändischen Armee als Teil der Opposition lösten in Thailand große Empörung aus. Die Zustimmungswerte zu Partei und Premierministerin kollabierten.⁸ Nationalistische Kräfte organisierten Demonstrationen, eine Gruppe von Senatoren legte Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof ein und die Bhumjaithai-Partei verließ die Koalition. Bereits am 1. Juli 2025 wurde die Premierministerin für die Dauer der Untersuchung des Amtes enthoben. Vizepremierminister und Verkehrsminister Suriya Juangroon-

gruangkit übernahm für zwei Tage das Amt.⁹ Dann wurde Innen- und Verteidigungsminister Phumtham Wechayachai zum amtierenden Premierminister einer nun Minderheitsregierung ernannt. Am 29. August wurde Premierministerin Paetongtarn vom Verfassungsgerichtshof formal ihres Amts enthoben. Am 9. September entschied der Verfassungsgerichtshof zudem, dass Thaksin seine auf ein Jahr reduzierte Strafe aufgrund seines Krankenhausaufenthalts nicht verbüßt habe. Daraufhin wurde die erneute Inhaftierung des ehemaligen Premierministers angeordnet, ohne aber das Strafmaß zu verlängern. Phuea Thai und die politische Dynastie der Shinawatra stecken damit in einer tiefen Krise.

Am 24. Juli eskalierte ein erneuter Schusswechsel zwischen kambodschanischen und thailändischen Soldaten schnell zu kriegsähnlichen Gefechten.¹⁰ Durch malaysische Vermittlungen und die Drohung von US-Präsident Donald Trump, hohe Zölle bei einem Nichtzustandekommen einer Waffenruhe zu verhängen, konnte am 28. Juli ein Waffenstillstand erreicht werden. Die Spannungen hielten jedoch an, und im Dezember kam es erneut zu Gefechten.

Thailand wurde von einer nationalistischen Stimmung erfasst, von der sich zur Überraschung vieler Beobachter auch die Volkspartei mitreißen ließ. Ebenso überraschend – auch für Unterstützer der Partei – war die Entscheidung ihrer Abgeordneten am 5. September, bei der Wahl eines neuen Premierministers für Anutin Charnvirakul, den Vorsitzenden der Bhumjaithai-Partei, zu stimmen. Die Volkspartei trat aber nicht der neuen Regierungskoalition bei. Für ihre Stimmen erhielt die Volkspartei stattdessen die Zusage, dass Bhumjaithai eine Verfassungsreform anstoßen und das Repräsentantenhaus nach vier Monaten auflösen würde. Die Partei hatte sich gegen eine Unterstützung von Phuea Thai entschieden, da die vorherige Regierungspartei nach Auffassung der Volkspartei gleich nach der Veröffentlichung des Telefonats zwischen Paetongtarn und Hun Sen den Schritt zu Neuwahlen hätte machen müssen. Kenner der thailändischen Innenpolitik weisen aber auch auf den deutlichen Vertrauensverlust zwischen den beiden Parteien hin, der durch die Entscheidung Phuea Thais verursacht worden war, eine Koalition mit Bhumjaithai einzugehen.¹¹

Die Unterstützung Anutins war innerhalb der Partei und unter deren Anhängern höchst umstritten, da die konservative Bhumjaithai-Partei in Kernfragen – wie der Reform des Strafrechtsparagrafen zur Majestätsbeleidigung und der Rolle des Militärs – der Volkspartei diametral gegenübersteht. Bei den folgenden Umfragen musste die Volkspartei empfindliche Verluste hinnehmen. Anfang Dezember entschuldigte sich die Parteifüh-

rung daher öffentlich im Rahmen eines „Picknicks“ auf dem Campus der Srinakharinwirot University in Zentralbangkok bei ihren Unterstützern. Premierminister Anutin konnte in der Zwischenzeit dank des Amtsbonus, vor allem aber auch der nationalistischen Stimmung aufgrund des andauernden Konflikts mit Kambodscha, seine Popularität deutlich steigern. Eine Flutkatastrophe mit 140 Toten im südthailändischen Hat Yai trübte seine Beliebtheit nur kurzfristig.¹² Mangelndes Risikomanagement trotz regelmäßiger Überschwemmungen, ungenügende Koordination zwischen lokalen und nationalen Behörden sowie eine mangelhafte Kommunikation hatten zu katastrophalen Zuständen in der Stadt beigetragen.

Der Premierminister profitierte jedoch deutlich von der erneut aufflammenden nationalistischen Stimmung, nachdem es vom 8. bis zum 27. Dezember an der kambodschanisch-thailändischen Grenze erneut zu Gefechten kam. Die Regierung stellte diese Gefechte dabei nicht nur als notwendig für die Sicherheit der Grenzregionen dar, die unter Raketenbeschuss gelitten hatten, und für die Rückerlangung als thailändisch betrachteter Gebiete, sondern auch als Kampf gegen den grenzüberschreitenden Onlinebetrug. Die Volkspartei hatte sich den Kampf gegen den Onlinebetrug seit dem Sommer auf die Fahnen geschrieben. Auch Bhumjaithai war unter Druck geraten, nachdem dem stellvertretenden Finanzminister Vorapak Tanyawong persönliche Geschäftsbeziehungen zu Betrugssyndikaten vorgeworfen und er zum Rücktritt gezwungen worden war. Außerdem wurden Fotos in Umlauf gebracht, die den südafrikanischen Geschäftsmann und Fixer Benjamin Mauerberger, dem Verwicklungen in den grenzüberschreitenden Onlinebetrug nachgesagt werden, auch mit Anutin und einem ehemaligen Armeechef zeigten. Allerdings waren diese dem Premierminister zufolge bereits mehrere Jahre alt. Konkrete Geschäftsbeziehungen konnten dem Premierminister nicht nachgewiesen werden. Durch die Verbindung der äußeren mit der inneren Sicherheit in Bezug auf die Frage des grenzüberschreitenden Onlinebetrugs und durch einen harten Kurs gegenüber dem Nachbarland konnte Premierminister Anutin diesen Angriffen erfolgreich Konter geben.

Kurz nach dem erneuten Ausbruch der Gefechte an der Grenze löste Anutin das Repräsentantenhaus am 12. Dezember auf und ordnete Neuwahlen für den 8. Februar 2026 an. Auslöser war die Ankündigung eines Misstrauensvotums durch den Vorsitzenden der Volkspartei, das mit den Stimmen der Phuea Thai-Partei erfolgreich gewesen wäre. Vorangegangen war ein Zerwürfnis über die Modalität der vereinbarten Verfassungsreform. Bhumjaithai wollte hier den Senat miteinbeziehen, was die Volkspartei

strikt ablehnte. Mit der Auflösung des Repräsentantenhauses konnte Anutin die dem Votum vorausgehende Debatte vermeiden und auch mit dem Amtsinhabervorteil in die Wahl gehen.

3.7.3. Die Wahlen vom 8. Februar 2026

Bei den Wahlen am 8. Februar 2026 gingen Premierminister Anutin und seine Bhumjaithai-Partei mit 193 der 500 Mandate (ca. 39 %) als klare Sieger hervor.¹³ Die Volkspartei kam mit 118 Sitzen (ca. 24 %) weit abgeschlagen auf Platz zwei, während Phuea Thai sogar nur 74 Mandate (ca. 15 %) gewann. In verschiedenen Wahlkreisen wurden dabei Unregelmäßigkeiten gemeldet, und selbst die vom Senat ernannte Wahlkommission ordnete in mehreren Wahlkreisen Neuauszählungen sowie teilweise Neuwahlen an. Eine allgemeine Neuwahl kann ebenfalls nicht völlig ausgeschlossen werden, da argumentiert werden kann, dass durch während der öffentlichen Auszählung sichtbare Barcodes auf den Stimmzetteln das Wahlgeheimnis verletzt wurde. Ein klarer Sieg von Bhumjaithai kann aber als sicher angesehen werden. Ein Sieg der Partei, wenn auch nicht in dieser Größenordnung, war auch von Analysten vorausgesagt worden.¹⁴ Der oft in der internationalen Presse gemachten Aussage, dass das Wahlergebnis eine Überraschung war, liegt eine falsche Interpretation der Umfragen zugrunde. Die in diesen abgefragten Zustimmungswerte zu den verschiedenen Parteien lassen sich direkt nur auf die 100 über Parteilisten vergebenen Mandate übertragen. Bei der großen Mehrheit, nämlich 400 der 500 Mandate, handelt es sich allerdings um Direktmandate. Hier entscheiden sich Wähler, insbesondere außerhalb der urbanen Zentren, oft für langjährig etablierte und lokal verwurzelte Abgeordnete, wie es auch bei den PAOs der Fall ist. Ihnen wird oft eher zugetraut, sich für ihren Wahlkreis einzusetzen und schnell konkrete Lösungen für lokale Probleme zu finden.

Der klare Sieg der Bhumjaithai-Partei lässt sich vor diesem Hintergrund durch eine dreigliedrige Strategie erklären. So hat die Partei seit den letzten Wahlen bewusst etablierte Abgeordnete von anderen Parteien, die in ihren jeweiligen Wahlkreisen tief verwurzelt sind, angeworben.¹⁵ Einem viralen Post auf den Sozialen Medien zufolge kannte der Kandidat der Bhumjaithai-Partei alle Händler eines Marktes in seinem Wahlkreis beim Namen.¹⁶ Bhumjaithai gewann 174 der 400 Direktmandate. Während die Volkspartei bei den Direktmandaten landesweit deutlich verlor, konnte sie ihre starke Stellung in Bangkok sogar noch ausbauen: Alle Direktmandate der Hauptstadt gingen an die Reformpartei.

Die Rekrutierung bekannter Gesichter aus Bürokratie und Privatwirtschaft, wie des angesehenen Diplomaten Sihasak Phuangketkeow als Außenminister, sowie der ehemaligen Geschäftsführerin der Hotelkette Dusit, Suphajee Suthumpun, als Wirtschaftsministerin, präsentierte Bhumjaithai mit Blick auf die Parteiliste und urbane Wähler wiederum als eine Partei, die fachliche Kompetenz zu schätzen weiß. Außerdem profitierte die konservative Bhumjaithai-Partei von der nationalistischen Stimmung. Sie gewann immerhin 19 der 100 Mandate über die Parteiliste. Hier führte die Volkspartei tatsächlich entsprechend den Umfragen mit 31 der 100 Mandate. Eine um vier Prozentpunkte gesunkene Wahlbeteiligung von ca. 71 % deutet darauf hin, dass die Volkspartei ihre Unterstützer nicht so wie bei den vorherigen Wahlen, die auch als Referendum über die neunjährige Regierungszeit General Prayuts wahrgenommen wurden, mobilisieren konnte.¹⁷ Der Senat wird auch nicht mehr bei der Wahl des Premierministers mitstimmen können, was eine Verfassungsreform für viele Wähler weniger dringend gemacht haben wird. Zeitgleich mit den Wahlen vom 8. Februar wurde außerdem bereits ein Referendum durchgeführt, ob eine Verfassungsreform in Angriff genommen werden sollte. Eine parteiübergreifende Mehrheit von zwei Drittel der Wähler bejahte dies.

Die Volkspartei beging jedoch auch viele taktische Fehler, insbesondere durch die Unterstützung Anutins als Premierminister im September. Das Einschwenken auf eine nationalistische Linie mag außerdem einige Kernwähler abgeschreckt haben, ohne neue Wähler aus dem konservativen Lager gewonnen zu haben. Wie Bhumjaithai warb auch die Volkspartei bekannte Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Bürokratie an, um Wählern zu zeigen, dass die Partei die notwendige Kompetenz hat, an einer Regierung teilzunehmen. Von Parteimitgliedern und Unterstützern wurde dies harsch kritisiert, untergrabe diese Vorgehensweise doch die Marke der Volkspartei als einer prinzipiengestützten und mitgliederorientierten Reformpartei. Insbesondere die Aufstellung des langjährigen Diplomaten Pisan Manawapat stieß auf Kritik. Pisan hatte als Botschafter während der Militärdiktatur in Washington gedient und hatte in dieser Funktion die Junta verteidigt.¹⁸ Wie oben erwähnt, hatte sich die Volkspartei außerdem vor dem Hintergrund des Konflikts mit Kambodscha gegen den grenzüberschreitenden Onlinebetrug positioniert. Es war daher unglücklich, dass kurz vor der Wahl ein Kandidat der Partei wegen des Betriebs einer illegalen Glücksspielplattform verhaftet wurde.¹⁹

Phuea Thai hatte sich nie von dem im Juni veröffentlichten Telefonat erholen können. Die Ernennung eines Neffen Thaksins, des Professors

für Medizintechnik an der Mahidol-Universität Yodchanan Wongsawat, als Spitzenkandidat für das Amt des Premierministers der Partei zeigt, dass Phuea Thai weiterhin eng mit der politischen Dynastie der Shinawatra verbunden sein wird. Aber vermutlich auch aufgrund des Scheiterns der Kabinette Srettha und Paetongtarn, zentrale Wahlkampfversprechen umzusetzen, scheint es der Partei nicht gelungen zu sein, so viele Wähler wie noch bei den Wahlen 2023 zu mobilisieren.

Thailands älteste Partei, die Demokratische Partei, wählte im September den ehemaligen Premierminister Abhisit Vejjajiva erneut zum Vorsitzenden und Kandidaten für das Amt des Premierministers. Bis Ende des Jahres konnte er mit einer neuen Führungsriege, die sowohl jüngere und neue Gesichter als auch seinen ehemaligen Finanzminister Korn Chatikavanij einschloss, die Zustimmungswerte seiner Partei deutlich steigern. An der Wahlurne kam es im Vergleich zu 2023 dennoch zu einem leichten Rückgang auf insgesamt nur 22 Sitze.

3.7.4. Wirtschaft: Der „kranke Mann Asiens“

Kurz vor den Wahlen veröffentlichte die *Financial Times* einen Artikel, der Thailand zum „kranken Mann Asiens“ erklärte und damit natürlich viel Aufmerksamkeit erhielt und sogar einen zustimmenden Leserbrief mit konkreten Lösungsvorschlägen des ehemaligen Premierministers Srettha anzog.²⁰ Die Diagnose war dabei nicht neu und war auch in Thailand bereits lebhaft diskutiert worden, doch im Wahlkampf wurde sie vom Grenzkonflikt überschattet.

Die Expansion der thailändischen Wirtschaft, die das Land 2012 zu einer Volkswirtschaft mit mittlerem Einkommen machte, basierte seit den 1980er Jahren auf ausländischen Direktinvestitionen. Ein günstiges regulatorisches Umfeld, gute Infrastruktur und niedrige Lohnkosten boten multinationalen Unternehmen, insbesondere aus Japan, einen attraktiven Standort für die industrielle Fertigung. Das Wirtschaftswachstum kurbelte wiederum den Binnenkonsum an. Heute wirken sich jedoch eine alternde Bevölkerung, regulatorische Hürden sowie steigende Lohnkosten negativ auf die Attraktivität Thailands als Investitionsstandort aus.

Dies zeigt sich auch in der Automobilbranche, die in Thailand eine Schlüsselindustrie ist.²¹ Die zunehmende Rolle der Elektromobilität in den Exportmärkten ist daher für Thailand von essenzieller Bedeutung. Seit 2020 fördert Thailand den Erwerb von Elektroautos, gestattet aber vor dem

Hintergrund der noch mangelnden lokalen Produktion den Import von fertigen Fahrzeugen. Unternehmen müssen jedoch die Importe durch die später erfolgende inländische Produktion kompensieren. Die großzügige staatliche Förderung des Erwerbs von Elektrofahrzeugen aus der Volksrepublik China in den frühen Jahren der Förderung hat den Vertrieb stark angekurbelt, was sich vor allem auf Bangkoks Straßen zeigt – auch wenn der Gesamtanteil an Elektrofahrzeugen weiterhin bloß im einstelligen Bereich liegt. Bei den erworbenen Fahrzeugen handelt es sich aber immer noch überwiegend um aus China importierte Fahrzeuge, was sich natürlich negativ auf den Absatz von in Thailand erzeugten Verbrennern oder Hybridfahrzeugen ausgewirkt hat. Ob sich die lokale Produktion von Elektrofahrzeugen tatsächlich realisieren lassen wird, wird sich erst in den nächsten Jahren zeigen.

Der politische Konflikt seit den frühen 2000er Jahren hat es außerdem verhindert, dass notwendige Strukturreformen durchgeführt wurden. Solche Reformen sind dabei auch oft nicht im Interesse der thailändischen Konglomerate, die weite Teile der Wirtschaft kontrollieren und daher großen politischen Einfluss genießen. Damit einhergehend hat sich laut dem Corruption Perceptions Index von Transparency International die Wahrnehmung der Korruption in Thailand in den letzten Jahren verschlechtert. Innerhalb der ASEAN-Staaten belegt das Land inzwischen nur noch den achten Platz.²² Dies zeigte sich 2025 an gleich mehreren schweren, aber vermeidbaren Unfällen. So stürzte als einziges Gebäude in Bangkok bei einem Erdbeben im März ausgerechnet das sich im Bau befindliche Büro der staatlichen Rechnungsprüfungsbehörde ein. Grund war eine Kombination aus mangelhafter Planung, fehlerhafter Bauausführung und der Verwendung unzulässiger Baumaterialien durch das beauftragte Bauunternehmen Italian-Thai Development PLC (ITD), das das Gebäude gemeinsam mit dem chinesischen Staatsunternehmen China Railway Engineering Corporation (CREC) errichtete. Auf der ebenso von ITD und CREC betriebenen Baustelle der Rama II-Schnellstraße kam es 2024 und 2025 mehrfach zu Unfällen mit mehreren Toten. Am 16. Januar 2026 stürzte sogar ein ganzer Kran auf die Fahrbahn. Nur zwei Tage zuvor war ein Kran an der Schnellbahnstrecke von Bangkok nach Korat im Nordosten des Landes auf einen fahrenden Zug gestürzt. Auch hier handelte es sich um ein Joint Venture von ITD und CREC. Dass die Unternehmen trotz wiederholter schwerer Unfälle Staatsaufträge nicht verloren haben und Kontrollen nicht verschärft wurden, weist Kritikern zufolge auf mögliche Korruption und die mangelnde Unabhängigkeit staatlicher Behörden hin.²³

Der Binnenkonsum leidet derweil unter einer der höchsten Privatverschuldungen in Asien, die bei ca. 85 % des Bruttoinlandsprodukts liegt. Thailands Wirtschaft wächst so seit Jahren deutlich langsamer als die der anderen Länder in der Region, im Durchschnitt mit nur 2 % in den letzten fünf Jahren. Premierminister Srettha versuchte mit einer Doppelstrategie die Wirtschaft aus der Krise zu führen. Durch eine Einmalzahlung von 10.000 THB auf eigens zu schaffende digitale Konten sollte der Privatkonsum wieder angekurbelt werden. Die Volkspartei hinterfragte jedoch die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Auszahlung aufgrund der notwendigen Neuverschuldung. Dies eröffnete dem Koalitionspartner Bhumjait-hai die Möglichkeit, die eigene Zustimmung bis zur rechtlichen Klärung zurückzuhalten. Die Auszahlung wurde letztlich nie vollständig geleistet. Gleichzeitig sollte durch ein neues Leuchtturmprojekt Thailand wieder zu einem attraktiveren Standort für Direktinvestitionen gemacht werden. Durch den Bau einer „Landbrücke“ über die malaysische Halbinsel in Form von Straßen- und Eisenbahnverbindungen sowie Pipelines sollte eine Alternative zum logistischen Engpass der Straße von Malakka errichtet werden. Dass eine solche „Landbrücke“ bei dem notwendigen zweimaligen Umladen von Containern tatsächlich wettbewerbsfähig sein kann, wird von Experten aber bezweifelt.²⁴ Die „Landbrücke“ zog so keine nennenswerten Investitionen an. Premierminister Srettha machte es sich vor diesem Hintergrund zur Aufgabe, als „nationaler Vertriebsmann“ international Investitionen, aber auch Touristen anzuwerben.

Auch die wichtige Tourismusbranche leidet, vor allem am Einbruch des chinesischen Marktes. China wurde im Jahre 2014, zwei Jahre nachdem die chinesische Komödie *Lost in Thailand* ein Überraschungserfolg wurde, zum wichtigsten Tourismusmarkt Thailands. Aufgrund der schwachen Wirtschaftslage in der Volksrepublik wurden die Touristenzahlen aus dem Zeitraum vor der Pandemie nicht mehr erreicht. Dazu kommen nun auch Sicherheitsbedenken. Ende 2023 wurde *No More Bets* ein Erfolg an Chinas Kinokassen. Der Thriller thematisiert die Entführung von Chinesen in Südostasien, um diese zur Tätigkeit im grenzüberschreitenden Onlinebetrug zu zwingen. Der reale Entführungsfall des Schauspielers Wang Xing, der Anfang 2025 mit dem Versprechen einer Rolle nach Thailand gelockt wurde und von dort in einen Betrugskomplex in Myanmar verschleppt worden war, erregte in China große Aufmerksamkeit. Auch international bekannte chinesische Schauspieler riefen zu seiner Freilassung auf, die so auch innerhalb von wenigen Tagen dank einer intensiven chinesisch-thailändischen Kooperation erreicht wurde. Dennoch sollen etwa 10.000

Buchungen aus China storniert worden sein.²⁵ Im Jahr 2025 wurde so, auch verursacht durch den Grenzkonflikt mit Kambodscha, eine im Vergleich zum Vorjahr um 7 % geringere Zahl von Touristen verzeichnet.

Vor diesem Hintergrund ist der maßgeblich von Thaksin Shinawatra nach seiner Haftentlassung vorangetriebene Vorschlag, Kasinos in Thailand zu legalisieren, auf den ersten Blick durchaus nachvollziehbar. Mit ihnen hätte ein neuer Tourismusmarkt erschlossen werden können. Kritiker wiesen jedoch darauf hin, dass Thailands Behörden kaum in der Lage sein würden, die angekündigten strikten Beschränkungen für thailändische Spieler durchzusetzen oder die häufig mit legalem Glücksspiel verbundenen illegalen Aktivitäten zu unterbinden.²⁶ Ein heftig kritizierter Gesetzentwurf wurde Anfang Juli 2025 zurückgezogen.

3.7.5. Erfolgreich durchgeführte Reformen

Trotz ihrer jeweils kurzen Dauer und fehlender nennenswerter wirtschaftspolitischer Erfolge der Phuea Thai–Bhumjaithai-Koalition unter den Kabinetten Srettha und Paetongtarn lassen sich fünf Reformen als positive Errungenschaften im Zeitraum von August 2023 bis September 2025 hervorheben.

Das Ehegleichstellungsgesetz von August 2024 machte Thailand zum dritten Land in Asien und zum ersten in Südostasien, das gleichgeschlechtliche Ehen gesetzlich anerkennt.

Das Gesetz zum Schutz der Kultur ethnischer Minderheiten von August 2025 kann als Kompromiss angesehen werden, der bei Weitem nicht so weit geht wie ein von der People's Party eingebrachtes Gesetz. Insbesondere ist zu erwähnen, dass auf Druck nationalistischer Kräfte der Begriff „indigene Völker“ gestrichen wurde. Nationalisten, auch innerhalb von Bhumjaithai, beharrten darauf, dass nur das Volk der Thais im Königreich als indigen gelten solle. Dennoch markiert das Gesetz einen historisch bedeutsamen ersten Schritt zur juristischen Anerkennung der kulturellen Identität ethnischer Minderheiten.

Als Srettha vereidigt wurde, war Thailand zudem eines der Länder mit der höchsten Bevölkerungsanzahl von Staatenlosen, denen bürokratische Hürden in den Weg gelegt werden, die thailändische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Ende Juni 2025 gab Premierministerin Paetongtarn eine drastische Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens bekannt, das bereits ihr Vorgänger im August 2024 in Aussicht gestellt hatte. Bis zu eine

Million Menschen sollen so innerhalb der nächsten zwei Jahre zu thailändischen Staatsbürgern werden können. Für diese ist die Staatsbürgerschaft vor allem für den Zugang zum Schulwesen und Gesundheitssystem von Bedeutung. Angesichts der alternden Bevölkerung Thailands wird so auch ein Pool an neuen, legalen Arbeitskräften gewonnen. Dabei bleibt zu klären, wie deren Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen ist. Vor dem Hintergrund des Exodus von Hunderttausenden von kambodschanischen Arbeitsmigranten nach Ausbruch des Grenzkonflikts im Juli 2025 wurde auch die Entscheidung getroffen, Flüchtlingen aus Myanmar den Zugang zum thailändischen Arbeitsmarkt zu öffnen. Diese halten sich teilweise seit Jahrzehnten in Camps an der Grenze auf.

Außerdem müssen zwei Reformen hervorgehoben werden, durch die Regulierungen aufgehoben wurden, die praktisch nur dazu dienten, Oligopole großer Unternehmen aufrechtzuerhalten. Durch das „Gemeinde-Alkoholgesetz“ von Juni 2025 ist nun erstmals die lokale Produktion von Craft Beer und traditionellen Spirituosen erlaubt. Der wirtschaftliche Effekt wird nur beschränkt sein, die Verabschiedung des Gesetzes zeigt aber, dass auch eine Koalition von Großunternehmen nahestehenden Parteien Strukturreformen umsetzen kann. Von größerer Bedeutung ist ein Pilotprojekt, das Großabnehmern ab 2026 den direkten Erwerb von Elektrizität von privaten Produzenten erlaubt. Das Pilotprojekt ist ein Meilenstein für Investitionen in nachhaltige Energie in Thailand. Dies macht Thailand wiederum attraktiver für energieintensive Industrien, wie Rechenzentren, die im Rahmen ihrer Einbindung in globale Lieferketten die Nachhaltigkeit ihres Stromverbrauchs nachweisen müssen. Es stellt die seit Jahrzehnten weitreichendste Liberalisierung des Strommarktes in Thailand dar.

3.7.6. Das thailändische Königshaus

Der folgende Abschnitt muss vor dem Hintergrund der in Thailand sehr weitreichenden Interpretation des Straftatbestands der Majestätsbeleidigung gelesen werden, durch die selbst wissenschaftlich-kritische Auseinandersetzungen mit der Monarchie mit drakonischen Strafen bedroht sind.

Im November 2025 reisten König Vajiralongkorn (Rama X, König seit 2016, Krönung 2019) und Königin Suthida zu einem historischen, mehrtägigen Staatsbesuch nach China anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Etablierung diplomatischer Beziehungen zwischen dem Königreich Thailand und der kommunistischen Volksrepublik.²⁷ Es handelte sich dabei

um den ersten Besuch eines regierenden Königs aus Thailand in China, auf den die chinesische Regierung lange hingewirkt haben soll. Dabei sollte die chinesische Darstellung des Besuchs als erster Staatsbesuch König Vajiralongkorns in einem „major country“ nicht unkritisch übernommen werden.²⁸ Die erste offizielle Reise als König unternahm König Vajiralongkorn mit Königin Suthida bereits im Mai 2023 nach Großbritannien. Dabei handelte es sich allerdings nicht um einen bilateralen Staatsbesuch, sondern um die Teilnahme an den Krönungsfeierlichkeiten von König Charles III. auf Einladung des britischen Königshauses. Der erste Staatsbesuch, wie von thailändischer Seite ausdrücklich betont, führte König Vajiralongkorn und Königin Suthida vom 25. bis 28. April 2025 nach Bhutan, auf Einladung des befreundeten Königs des Himalaya-Staates. Weltweit Aufmerksamkeit erlangte der Besuch dadurch, dass das königliche Paar das Flugzeug selbst steuerte, obwohl es sich bei dem Flughafen in Paro um einen der anspruchsvollsten der Welt handelte. Mit diesem Besuch in der kleinen buddhistischen Monarchie im Himalaya wurde bewusst vermieden, dass der erste Staatsbesuch des thailändischen Königs in der Volksrepublik China stattfinden würde.

Am 24. Oktober verstarb Königinmutter Sirikit nach langjähriger Krankheit. Ihre Urne wird für ein Jahr in der Dusit-Maha-Prasat-Halle des Grand Palace aufgebahrt. Für Beamte und Beschäftigte öffentlicher Institutionen gilt für diesen Zeitraum eine Trauerperiode. Die Einäscherung wird in einem eigens zu errichtenden Krematorium auf dem Sanam-Luang-Platz erfolgen.

3.7.7. Entwicklungen in den deutsch-thailändischen Beziehungen

Das Jahr 2024 zeichnete sich durch einen intensiven deutsch-thailändischen Austausch aus. Im Januar des Jahres besuchte Frank-Walter Steinmeier als erster deutscher Bundespräsident seit 22 Jahren das Königreich. Im Folgemonat war der thailändische Außenminister in Deutschland. Und im März besuchte dann Premierminister Srettha Thavisin Deutschland, um Bundeskanzler Olaf Scholz zu treffen. Eine Intensivierung der deutsch-thailändischen Beziehungen ist dabei vor allem im gegenseitigen wirtschaftlichen Interesse. Für Deutschland und die Europäische Union ist Südostasien ein Zukunftsmarkt, der es auch erlaubt, Lieferketten von China zu diversifizieren. Für den „nationalen Vertriebsleiter“ Srettha war der Besuch in Berlin ein Programmpunkt seines intensiven Reiseprogramms, um Investo-

ren – auch für die Landbrücke – und Touristen anzuwerben. Insbesondere wurde auch die Zusammenarbeit in der Klimatechnologie diskutiert.

Beide Seiten bezogen sich in ihren offiziellen Stellungnahmen beim Besuch des Bundespräsidenten in Bangkok auch explizit auf den Regierungswechsel von 2023 in Thailand, um den Zeitpunkt des stärkeren Engagements zu erklären.²⁹ Premierminister Srettha erklärte Thailand unter seiner Regierung wieder „open for business“. Der Bundespräsident hingegen sprach von Signalen, die „sehr ermutigend“ seien, und dass Thailand daher erneut das deutsche „Vertrauen“ verdient hätte. Diese Einordnung übergang allerdings, dass Srettha unter derselben Verfassung wie sein Vorgänger zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, und dies eben mit den Stimmen der ernannten Senatoren, die zuvor eine Regierungsbildung der Move Forward-Partei verhindert hatten.

Die deutsche Interpretation, dass der Freispruch von Pita Limjaroenrat vom Vorwurf des Verstoßes gegen das Wahlgesetz eine „Botschaft an die internationale Gemeinschaft“ und zugleich „ein versöhnliches Signal nach innen“ darstelle, war dann gleich doppelt unglücklich. Einerseits implizierte diese Interpretation des Urteils, dass die Gerichtsentscheidung auf politischen Erwägungen beruhte und nicht streng auf der Grundlage geltenden thailändischen Rechts getroffen worden war – was einer Wahrnehmung positiver Entwicklungen hin zu demokratischen und rechtsstaatlichen Standards eigentlich widerspricht. Im konkreten Fall wurde das so gefällte Urteil dann aber begrüßt. Andererseits zog die deutsche Einschätzung nicht in Erwägung, dass das gewichtigere Urteil noch ausstand. Eine Woche später erfolgte die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs, dass eine Revision des Strafgesetzsatzes zur Majestätsbeleidigung dem Versuch gleichkäme, Thailands Monarchie zu stürzen. Dies wiederum führte im August 2024 zur Auflösung der Partei sowie zu einem zehnjährigen Politikverbot für die Führungsriege.

Trotz dieser Rückabwicklung der „Botschaften“ und „Signale“ besteht weiterhin Interesse an einer strategischen Partnerschaft zwischen beiden Ländern. Konkret heißt dies, dass Deutschland und Thailand ihre langjährige Zusammenarbeit in der Energiewende, Industrie 4.0, im Schienenverkehr und in der dualen Berufsausbildung gezielt fortschreiben und ausbauen. Dies ist nur zu begrüßen. Denn als drittgrößte Volkswirtschaft Südostasiens bleibt Thailand ein wichtiger Partner in der Region, der von deutscher Unterstützung bei der Überwindung seiner wirtschaftlichen Krise nur profitieren kann.

Hervorzuheben ist auch das Freihandelsabkommen vom Januar 2025 zwischen Thailand und der Europäischen Freihandelsassoziation, der die Schweiz angehört.

3.7.8. Die chinesisch-deutsch-thailändische U-Boot-Saga

Erfolglos blieben in den Jahren 2024 und 2025 die Bemühungen der thailändischen Regierungen, eine deutsche Genehmigung für die Lieferung von Dieselmotoren an eine chinesische Werft zu erhalten, die U-Boote für Thailand baut. Im Jahre 2015 hatte die Junta sich dafür entschieden, den von der Marine langgehegten Wunsch zu erfüllen und zum ersten Mal seit 1951 wieder eine thailändische U-Bootflotte aufzustellen. Die Wahl fiel schnell auf im internationalen Vergleich günstige chinesische Modelle. Die Volksrepublik China hatte nach dem Putsch die Zusammenarbeit mit dem thailändischen Militär rasch ausbauen können, als die Vereinigten Staaten und europäische Länder entsprechende Kontakte einschränkten. Die Fertigstellung des ersten Bootes wurde dann erst von der Pandemie verzögert und kam schließlich zum Stillstand, als klar wurde, dass China den Einbau von deutschen Dieselmotoren vertraglich zugesichert hatte. Der Export von Rüstungsgütern nach China ist zwar seit dem Tiananmen-Massaker 1989 europarechtlich untersagt, deutsche Unternehmen beriefen sich aber lange auf die Ausnahme für Dual-Use-Güter, um trotzdem Dieselmotoren an chinesische Werften zu liefern – und zwar auch nachdem bereits bekannt war, dass diese in chinesischen Kriegsschiffen verbaut wurden.³⁰ Dies hatte sich jedoch Anfang 2022 geändert, und die chinesische Werft konnte den versprochenen ersten Motor somit nicht erwerben und verbauen. In der Opposition hatte Phuea Thai den Erwerb der U-Boote stets stark kritisiert. Nach der Regierungsbildung musste sich die Partei aber mit dem Militär arrangieren. Auch übte die chinesische Regierung Druck auf Thailand aus, entweder chinesische Motoren zu akzeptieren oder alternativ bereits getätigte Zahlungen auf den Erwerb eines Oberflächenschiffes anrechnen zu lassen. Noch Mitte Mai 2025 bat Verteidigungsminister Phumtham Wechayachai vergeblich bei einem Besuch in Deutschland seinen Amtskollegen Boris Pistorius um eine Ausnahmegenehmigung für die Motoren. Anfang August 2025 entschied die thailändische Regierung dann, den Vertrag anzupassen und den Einbau chinesischer Motoren zu akzeptieren.

3.7.9. Ausblick auf die kommende Legislaturperiode

Zwei Wochen nach den Wahlen zum thailändischen Repräsentantenhaus am 8. Februar 2026 scheint eine Bhumjaithai-geführte Koalition mit einer deutlichen Mehrheit von 300 der 500 Mandate im Repräsentantenhaus mit Phuea Thai als Hauptpartner sowie mehreren kleineren Parteien gesichert zu sein.

Der klare Sieg konservativer Kräfte in Thailand war zweifellos eine Enttäuschung für die Unterstützer der Volkspartei im In- und Ausland. Doch selbst eine absolute Mehrheit für sie hätte höchstwahrscheinlich nicht bedeutet, dass die Partei ihr umfassendes Reformprogramm hätte durchsetzen können. Wie bereits bei der Regierungsbildung im Sommer 2023 wäre ein solcher Versuch vermutlich am Widerstand konservativer Kräfte im Senat, aber auch in der Bürokratie und in der Wirtschaft gescheitert.

Ein deutliches Indiz hierfür liefert die Entscheidung der Antikorruptionsbehörde nur einen Tag nach der Wahl: Nach ihrer Auffassung sollen 44 ehemalige Abgeordnete der Move Forward-Partei ein schwerwiegendes ethisches Fehlverhalten begangen haben, als sie einen Gesetzentwurf zur Reform des Strafrechtsparagrafen 112 einbrachten. Der Fall wurde an den Verfassungsgerichtshof weitergeleitet. Sollte dieser sich des Sachverhaltes annehmen, was als wahrscheinlich anzusehen ist, müssten 15 Angeordnete der Volkspartei ihr Mandat wohl niederlegen. Unter ihnen befinden sich auch der Parteivorsitzende Natthaphong und andere führende Köpfe der Reformpartei. Damit wird die Volkspartei voraussichtlich deutlich geschwächt in die nächste Legislaturperiode starten. Zugleich hat diese Entscheidung den Spielraum für den politischen Diskurs und Reforminitiativen in Thailand weiter eingeschränkt.

Eine Koalition, die hauptsächlich aus Bhumjaithai und Phuea Thai besteht, wird voraussichtlich auf die Unterstützung des Senats sowie auf Vertrauen in Bürokratie, Militär und Wirtschaft bauen können. Sie wäre somit in der Lage, angestrebte Reformen tatsächlich umzusetzen – auch wenn diese deutlich weniger ambitioniert ausfallen werden als jene, die von der Volkspartei angestrebt wurden. Die Koalitionsregierungen der beiden Parteien unter den Kabinetten Srettha und Paetongtarn haben jedoch bereits gezeigt, dass beide Parteien grundsätzlich bereit, aber auch fähig sind, Kompromisse zu finden und Reformen anzugehen. Die entscheidenden Fragen werden dabei sein, ob und wie stark sich erstens reformorientierte Kräfte innerhalb der Koalition durchsetzen können, und ob es ihnen dann zweitens auch gelingen wird, Status-quo-orientierte Gruppen in Verwaltung

und Wirtschaft davon zu überzeugen, dass ein Umdenken in vielen Bereichen für Thailands Zukunft unerlässlich ist.

Notes

- 1 Dieses Kapitel ist wesentlich aus Gesprächen und dem Austausch mit Kan Yuenyong, Mathis Lohatepanont, Michael J. Montesano, Napon Jatusripitak, Panitan Wattanayagorn, Surachanee Sriyai, Tita Sanglee und Wasana Wongsurawat hervorgegangen. Für ihre Anregungen bin ich ihnen sehr verbunden.
- 2 NIDA Poll, „Political Popularity Survey for the Fourth Quarter of 2023“, 24. Dezember 2023, <https://nidapoll.nida.ac.th/data/survey/uploads/FILE-1703330114873.pdf>; NIDA Poll, „Suek lueak tang 2566 khrang thi 3 คีงเลือกตั้ง 2566 ครังที่ 3“, 3. Mai 2023, <https://nidapoll.nida.ac.th/data/survey/uploads/FILE-1683025930254.pdf>.
- 3 „No Impact on Senate Election from Lack of Candidates in Some Districts: EC“, *The Nation*, 25. Mai 2024, <https://www.nationthailand.com/news/politics/40038312>.
- 4 „Sia Nu Blue Power ‘Dil Khao Yai’ kap chakthat mai kan mueang Thai เสี่ยหนู Blue Power ‘ดีลเขาใหญ่’ กับฉากทัศน์ใหม่การเมืองไทย“, *Manager Online*, 27. Juli 2024, <https://mgronline.com/daily/detail/9670000063486>.
- 5 „Pheu Thai Party Wins in Most PAO Mayoral Elections“, *Thai PBS*, 2. Februar 2025, <https://world.thaipbs.or.th/detail/pheu-thai-party-wins-in-most-pao-mayoral-elections/56394>.
- 6 „Priang’ pho mai phlik khong sutthai nayok O. P. Ch. 47 changwat Khrai Lailam ‘เปรียง’ โฟไม่พลิก คีงสุดท้ายนายก อบจ. 47 จังหวัด ไครลอยลำ“, *Thai PBS*, 31. Januar 2025, <https://www.thaipbs.or.th/news/content/348796>.
- 7 Michael J. Montesano und Tita Sanglee, „Rethinking Thailand’s Local Elections: Beyond the Shadow of National Parties and Political Big Houses“, *Fulcrum*, 11. Februar 2025, <https://fulcrum.sg/rethinking-thailands-local-elections-beyond-the-shadow-of-national-parties-and-political-big-houses/>.
- 8 NIDA Poll, „Political Popularity Survey for the Third Quarter of 2025“, 28. September 2025, <https://nidapoll.nida.ac.th/data/survey/uploads/FILE-1758884071454.pdf>.
- 9 Suriya ist ein Onkel von Thanathorn Juangroongruangkit, dem Gründer der Future Forward Partei, der Vorgängerpartei von Move Forward.
- 10 Siehe hierzu auch Kapitel 4.2. in diesem Band.
- 11 Pravitt Rojanaphruk, „The Unacknowledged Bad-Blood Factor that Pushed the People’s Party to Support Anutin as PM“, *Khaosod English*, 7. September 2025, <https://www.khaosodenglish.com/featured/2025/09/07/the-unacknowledged-bad-blood-factor-that-pushed-the-peoples-party-to-support-anutin-as-pm>.
- 12 NIDA Poll, „Kan samruat khanaen niyom thang kanmueang rai traimas khrang thi 3–2568 การสำรวจคะแนนนิยมทางการเมืองรายไตรมาส ครังที่ 3–2568“, 28. September 2025, https://nidapoll.nida.ac.th/survey_detail?survey_id=771.
- 13 Siehe die Übersicht der Wahlergebnisse auf der Website von ThaiPBS, „ThaiPBS Election“, *Thai PBS*, abgerufen am 25. Februar 2026, <https://www.thaipbs.or.th/election69/result/en?tab=referendum>.
- 14 „NIDA Poll Predicts Bhumjaithai Wins Election, People’s Party Sweeps Bangkok“, *The Nation*, 8. Februar 2026, <https://www.nationthailand.com/news/politics/40062274>.

- 15 „PM Anutin’s Bhumjaithai Welcomes 14 MPs from Other Parties”, *Bangkok Post*, 23. November 2025, <https://www.bangkokpost.com/thailand/politics/3142860/pm-anutins-bhumjaithai-welcomes-14-mps-from-other-parties>; „Kanmueang ‘taek’ jaek pro samoraphum ‘Isan–Tai’ Ph. T. ‘Phumjai dud’ การเมือง ‘ตลาดแตก’ แจกโปรสมรภูมิ ‘อีสาน-ใต้’ ภท. ‘ภูมิใจตุ๊ด’”, *Krungthep Turakij* กรุงเทพมหานคร, 8. Dezember 2025, <https://www.bangkokbiznews.com/politics/1202219>.
- 16 Tulsathit Taptim, „Very Hard Part over, but Here Comes Hardest Part”, *Thai PBS*, abgerufen am 26. Februar 2026, <https://world.thaipbs.or.th/detail/very-hard-part-over-but-here-comes-hardest-part/60386>.
- 17 „Reviewing Voter Turnout over 25 Years through the 2026 Election: How Many Thais Voted Each Year?”, *ThaiRath Online*, 9. Februar 2026, <https://en.thairath.co.th/scoop/infographic/2913227>.
- 18 Erich Parpart, „People’s Party Faces Criticism over Cabinet Picks as Prospective Foreign Minister Addresses Post Coup-Era Questions”, *Thai Enquirer*, 7. Januar 2026, <https://www.thaienquirer.com/64683/peoples-party-faces-criticism-over-cabinet-picks-as-prospective-foreign-minister-addresses-coup-era-questions/>.
- 19 „Cyber Police Arrest Ratchapong Soisuwan, Peoples Party Candidate, in Online Gambling Case”, *ThaiRath Online*, 15. Januar 2026, <https://en.thairath.co.th/news/crime/2907906>.
- 20 A. Anantha Lakshmi, „How Thailand Became the ‘Sick Man’ of Asia”, *Financial Times*, 3. Februar 2026, <https://www.ft.com/content/e766f94f-7626-4b60-b997-44calb18a4e7>; Srettha Thavisin, „Letter: A Former PM Offers a Cure for Thailand’s Economic Ills”, *Financial Times*, 11. Februar 2026, <https://www.ft.com/content/b9ea38e6-928a-45e6-b95f-c5fca95f7563>.
- 21 Archanun Kohpaiboon, „The Thai Automotive Industry in Troubled Transition”, *ISEAS Perspectives* 2025/41, 5. Juni 2025, <https://www.iseas.edu.sg/articles-commentaries/iseas-perspective/2025-41-the-thai-automotive-industry-in-troubled-transition-by-archanun-kohpaiboon>.
- 22 „Corruption Perception Index 2025”, Transparency International, abgerufen am 20. Februar 2026, <https://www.transparency.org/en/cpi/2025>.
- 23 Silapakorn Sangsinchai, „SAO building collapse: causes, accountability and the impact of 2025’s defining tragedy”, *The Nation*, 27. Dezember 2025, <https://www.nationthailand.com/the-nation-special-report/40058759>.
- 24 Eugene Mark, „Thailand’s Land Bridge: Navigating Geopolitical and Investor Concerns”, *ISEAS Perspective* 2025/13, 18. Februar 2025, <https://www.iseas.edu.sg/articles-commentaries/iseas-perspective/2025-13-thailands-land-bridge-navigating-geopolitical-and-investor-concerns-by-eugene-mark/>.
- 25 „Fears of scam centre kidnaps keep Chinese tourists on edge in Thailand”, *France 24*, 29. Januar 2025, <https://www.france24.com/en/live-news/20250129-fears-of-scam-centre-kidnaps-keep-chinese-tourists-on-edge-in-thailand>.
- 26 Surachanee ‘Hammerli’ Sriyai und Aries A. Arugay, „Casinos and Consequences: A Comparative Lens on Thailand and the Philippines”, *ISEAS Perspective* 2025/56, 5. August 2025, <https://www.iseas.edu.sg/articles-commentaries/iseas-perspective/2025-56-casinos-and-consequences-a-comparative-lens-on-thailand-and-the-philippine-s-by-surachanee-hammerli-sriyai-and-aries-a-arugay/>.
- 27 Aufgrund des oft lose ausgelegten Strafrechtsparagrafen zur Majestätsbeleidigung in Thailand können Entwicklungen in Bezug auf die „hohe Institution“ Thailands nicht offen diskutiert werden. Selbst die Wiederholung einer Kritik, um diese dann dezidiert zu widerlegen, kann von Gerichten als solche aufgefasst werden.

- 28 Zhang Jianwei, „Writing a new chapter in China-Thailand friendship”, *ThaiPBS*, 13. November 2025, <https://world.thaipbs.or.th/detail/writing-a-new-chapter-in-china-thailand-friendship/59521>.
- 29 „Steinmeier sieht ermutigende Signale in Thailand“, *Zeit*, 25. Januar 2024, <https://www.zeit.de/news/2024-01/25/steinmeier-sieht-ermutigende-signale-in-thailand>; „Thailand Live: German President and Thai PM Srettha Make Statements”, *News9*, YouTube, 25. Januar 2024, abgerufen am 25. Januar 2026, <https://www.youtube.com/watch?v=u9h7OZIsYHo>.
- 30 Siehe David Lague, „Special Report: Chinese Military's Secret to Success: European Engineering”, *Reuters*, 19. Dezember 2013, <https://jp.reuters.com/article/world/special-report-chinese-militarys-secret-to-success-european-engineering-idUSBRE9BI0PD/>.